

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST



Frauen in Führungspositionen
mehr auf Seite 3

Kampf gegen Rechts
mehr auf Seite 2

Newsletter des Juso-Unterbezirks Braunschweig - Mai 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

in der ersten FAUST-Ausgabe 2011 widmen wir uns dem Thema, das für Braunschweig im ersten Halbjahr von zentraler politischer Bedeutung ist: Den Kampf gegen faschistisches Gedankengut!

In Vorbereitung auf zahlreiche Veranstaltungen gegen den geplanten Nazi-aufmarsch am 4. Juni in Braunschweig wollen wir uns dieser Thematik besonders widmen. Deshalb ist unser Titelthema ein Aufruf an Einzelpersonen und an alle demokratischen Organisationen, sich an den Aktionswochen vom 6. bis 22. Mai gemeinsam mit dem Bündnis gegen Rechts zu beteiligen. Zwei weitere Artikel befassen sich in dieser Ausgabe mit der erfolgreichen Blockade gegen den Naziaufmarsch in Dresden und das Hervorkommen der NPD in unserer Region.

Des Weiteren gibt ein Kommentar in dieser Ausgabe einen Gedankenanstoß, welche Mittel zu einer demokratischeren Gesellschaft tatsächlich sinnvoll sind. Außerdem behandeln wir aktuelle Themen wie die Frauenquote in der Wirtschaft und geben einen mahnenden Ausblick auf die so genannte Yasmin-Revolution in den nordafrikanischen Staaten.

Zum Schluss richten wir nochmals einen Appell an alle LeserInnen: Beteiligt euch am 4. Juni an den Protestbewegungen des Bündnis gegen Rechts und lasst nicht zu, dass Neonazis in unserer Stadt marschieren.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch Eure FAUST-Redaktion!

Nazi-Aufmarsch verhindern!

Am 4. Juni kommen Nazis nach Braunschweig. Sie haben vor, ihre menschenverachtende Ideologie hier zu verbreiten. Wie schon im Februar in Dresden heißt es deshalb: den Nazi-Aufmarsch stoppen! Seid dabei und werdet aktiv, so dass die Vergangenheit nie wieder Zukunft wird.

Um gemeinsam an diesem Ziel zu arbeiten, werden in den Aktionswochen vom 6. – 22. Mai, viele verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Vom antirassistischen Fußballturnier bis zu spannenden Abendveranstaltungen wird es für jede und jeden passende Angebote geben. An einem Aktionswochenende werden dann konkrete Vorbereitungen für den 4. Juni getroffen.

Um insbesondere die Jugend auf das Problem Rechtsradikalismus aufmerksam zu machen, hat sich auch ein Jugend-Bündnis gebildet, das unter dem Namen „Braunschweiger Jugend gegen

Rechts“ nun aktiv für eine Verhinderung des Naziaufmarsches am 4. Juni wirbt. Dazu soll auch die Wanderausstellung „Rechte Jugendkulturen“, von der ARUG (Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt), in die Braunschweiger Schulen ge-

bracht werden. Darin können sich Schülerinnen und Schüler in der Pause oder vielleicht auch mit dem Politikkurs über Neonazis informieren. Zudem wurde ein offener Brief an alle Schulen verfasst, in dem darum gebeten wird, das Thema Rechtsradikalismus, im Zusammenhang mit dem Nazi-Aufmarsch am 4. Juni 2011 in Braunschweig zu thematisieren. Um euch über das Jugendbündnis zu informieren, klickt einfach

www.bsjugendgegenrechts.blogspot.de.

NAZIS STOPPEN!
braunschweig!
am 4. Juni 2011
Demonstration & Aktionen
des Bündnis gegen Rechts
10 Uhr - KZ-Gedenkstätte Schillstraße
Infotelefon: 0176 - 456 363 56. Infoticker: www.twitter.com/04juni
www.naziaufmarsch-stoppen.de.vu
Quelle: Bündnis gegen Rechts

Auch die Jusos Braunschweig beteiligen sich an den Aktionswochen im Mai und werben bundesweit dafür, den Nazi-Aufmarsch in Braunschweig, am 4. Juni zu verhindern. Beteiligt auch ihr euch! Um an den zahlreichen Aktionen des Bündnisses gegen Rechts teilzunehmen oder wenn ihr aktuelle Informationen zu dem Thema sucht, klickt

einfach www.jusos-braunschweig.de oder www.buendnisgegenrechts.net.

Werdet aktiv, so dass in Braunschweig Braunschweig!

Moritz Zimmer

Einfach mal reinklicken:

www.jusos-bs.de **jusos**  **stadt braunschweig**

Gegen Bürgerentscheide - Für Bürgergestaltung

Ein Kommentar von Enrico Hennig

Aktuell steckt die repräsentative Demokratie seit Gründung der Bundesrepublik in ihrer tiefsten Krise. Nach den letztjährigen Entwicklungen bei Stuttgart 21 und den



Anti-Atom-Bewegungen fordern auch immer mehr VertreterInnen aus politischen Parteien mehr Bürgerentscheide und -befragungen. Diese Forderung ist jedoch eine zu einseitige Betrachtung der eigentlichen Legitimationskrise und bewältigt die bestehenden Probleme in keinem Fall.

Denn die Frage nach mehr Partizipation ist immer noch eine Ressourcenfrage. Wer beispielsweise über mehr Freizeit, höhere Bildung und große finanzielle Mittel verfügt, kann seine Interessen besser organisieren und damit eher durchsetzen. Grundvoraussetzung für plebiszitäre Elemente ist daher auch die soziale Sicherheit aller Menschen. Solange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, sind lautstarke Forderungen nach solchen Instrumenten deshalb nicht zielführend.

Doch selbst bei Sicherstellung der Voraussetzungen stellen Bürgerentscheide kein Kriterium für eine demokratischere Gesellschaft dar. Die kaum wahrgenommene Gefahr besteht darin, dass eigentliche Probleme wie gesellschaftliche Spannungen, nicht mehr beachtet werden. Interessenunterschiede verschiedener gesellschaftlichen Gruppen würden in Vergessenheit geraten und könnten sich wandeln in einen Kampf der Bevölkerung gegen die politische Klasse. Lösungsansätze gesamtgesellschaftlicher Probleme würden damit auf Einzelentscheidungen reduziert.

Die Lösung eines ernst gemeinten Demokratisierungsprozesses liegt im Modell der partizipatorischen Demokratie. In ihm steckt der Wandel von einer Entscheidungs- zu einer Mitmachdemokratie, in der Menschen nicht nur über fertige Konzepte entscheiden, sondern selbst mit gestalten können. Der Anspruch auf Gestaltung ist tief verwurzelt im sozialdemokratischen Selbstverständnis und der Schlüssel zu einer sozialistischen Gesellschaft.

Dresden bleibt Nazifrei - Antifaschistische Blockaden ein voller Erfolg!



Quelle: Die Linke, SDS Berlin

Auch in diesem Jahr machten sich wieder tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten auf den Weg in die sächsische Landeshauptstadt, um dem braunen Gesindel bunt und laut zu zeigen, dass sie weder in Dresden noch anderswo in der Bundesrepublik erwünscht sind!

Im zweiten Jahr in Folge ist es gelungen, den als größten Naziaufmarsch Europas angekündigten „Trauermarsch zum Gedenken der Opfer des Bombenholocaust“ zu verhindern! In den frühen Morgenstunden des 19. Februars setzten sich überall aus Deutschland und Europa Bus-Konvois nach Dresden in Bewegung. Man musste früh genug in der Stadt sein, um die Polizeiketten möglichst in großer Zahl zu durchbrechen und zu dem Kundgebungs-orten der Nazis vorzudringen.

Die Polizei war schnell mit den Massen an Antifaschistinnen überfordert, was sich in

ihrer völlig überzogenen Härte im Umgang mit den GegendemonstrantInnen widerspiegelte. Nach offiziellen Angaben übten sich knapp 20.000 Bürgerinnen und Bürger in Zivilcourage. Diese schafften es immer wieder Polizeisperren zu durchbrechen und Sitzblockaden auf der Marschroute der Nazis zu errichten.

Das vom Bündnis „Dresden Nazifrei“ vorgegebene Ziel, die Nazis zu blockieren, wurde auch in diesem Jahr erreicht. Rund 800 Nazis saßen den ganzen Tag am Hauptbahnhof fest. Weitere tausend FaschistInnen saßen im Stadtteil Plauen am Bahnhof fest und konnten von hier aus direkt wieder ihre Heimreise antreten!

Der Tag war also ein Erfolg für die Demokratie und all jene, die Nazis nirgends haben wollen. Weder in Dresden, noch am 4. Juni 2011 in Braunschweig oder anderswo weltweit!
Johannes Zimmer

NPD in der Region Braunschweig - Wie rechtes Gedankengut unter dem bürgerlichen Deckmantel in unsere Parlamente einzieht

„Der Adolf ist ein sehr netter und hilfsbereiter Mann.“ Dies ist eine Aussage, die man in Süplingen öfter hört. Dass diese Person jedoch seit gut vier Jahrzehnten für die NPD im Süplinger Gemeinderat sitzt, erscheint für viele Ortsbewohner nebensächlich. Der Landwirt Adolf Preuß macht jedoch keinen Hehl aus seiner politischen Überzeugung. An der Fassade seines Hofes hängt ein Schild, auf dem man die Reichsgrenzen von 1937 sieht.

Dahinter steckt Methode. Die NPD will sich bürgernäher geben und versuchen besonders im dörflichen Umfeld durch enge soziale Kontakte Mandate zu erringen. Das Konzept ist einfach: Auf dem Dorf könnten Wähler weniger nach Inhalt, sondern mehr nach Person wählen. Wer sich dort sozial im Verein, in der Feuerwehr oder im Kirchenvorstand engagiert, hat gute Chancen auf Stimmen. Süplingen ist dabei in der Region Braunschweig keine Ausnahme. In den letzten Jahren

konnte die NPD auch Mandate für den Kreistag Helmstedt und Wolfenbüttel, für den Stadtrat Bad Lauterberg und Helmstedt, als auch für die Samtgemeinde Nord-Elm und für den Ortsrat Emmerstedt erringen.

In Helmstedt sitzt Adolf Preuß' jüngerer Bruder Friedrich im Stadtrat. Dieser lehnt es ab, in der Öffentlichkeit über den Holocaust zu sprechen. Seine Ansichten seien nur für interne Parteiveranstaltungen bestimmt.

Die Gefahr ist groß. Seit der letzten Kommunalwahl konnte die NPD die Zahl ihrer Mandate in Niedersachsen von drei auf 18 erhöhen. Für uns heißt Kampf gegen Rechts auch, den Vormarsch der NPD in die Mitte der Gesellschaft zu verhindern. Denn obwohl sich die NPD häufig vor Ort bürgerlich gibt, vertritt sie in ihrem Programm immer noch völkische Ideologien, die mit denen der NSDAP eng verwandt sind.

Peter Senftleben

Endlich Quotenfrau! – Weil wir gut sind

Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft sind nicht zuletzt beim Ausbildungspakt gescheitert. Auch der Frauenanteil in Führungspositionen und Entscheidungsgremien ist trotz freiwilliger Vereinbarungen erschreckend gering. Nun wird eine verpflichtende Frauenquote wieder heiß diskutiert.

In der Politik werden Quoten schon seit Jahren angewandt. Die Jusos haben 1984 eine Quote, die Frauen einen Anteil von 40% in Vorständen und Delegationen sichert eingeführt. Die SPD zog 1988 nach. Lange haben Frauen geglaubt, eine Quote wäre nicht notwendig, weil sie sich schon selbst durchsetzen könnten. Doch sie wurden über Jahrzehnte eines besseren belehrt, denn eingefahrene Strukturen, männliche Seilschaften waren stärker. Zudem herrscht noch heute die Grundhaltung, Frauen seien von Natur aus nicht für Führungspositionen geeignet und außerdem würden sie früher oder später Mutter und fallen dadurch für die politische Arbeit aus.

Seit über 100 Jahren kämpfen Frauen für Gleichstellung in allen Lebensbereichen, doch von allein hat sich bislang noch

nichts verbessert. Quoten dienen dazu, Frauen eine Chance zur gleichberechtigten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Teilhabe zu geben, die sie sonst nicht bekämen. Es gilt, den Mythos, es gehe bei der Vergabe von Posten, Ämtern und Führungspositionen nur um Leistung, zu widerlegen. Das Ziel einer Quote ist, die Quote überflüssig zu machen.

In der Politik sowie in der Wirtschaft dürfen Quotenfrauen sich nicht negativ davon beeinflussen lassen, dass sie pauschal als weniger qualifiziert angesehen werden. Im Gegenteil: Eine Quotenfrau zu sein, heißt den Weg für weitere Frauen zu ebnen und zu zeigen, dass Frauen genau so gut sind wie ihre männlichen Kollegen. Wenn Frauen und Männer in allen Bereichen zu gleichen Anteilen vertreten sind, ist das der erste Schritt zum Abbau von Rollenklis-



schees und damit auch zur Anerkennung des Menschen als Individuum, nicht der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht.

Eine Quote von 40% Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen ist Mindestforderung, die es durchzusetzen gilt. In der Bundesregierung wurde lange über die Einführung einer Quote diskutiert. Nun wurde eine Minimallösung gefunden: Ein Stufenplan soll her mit einer von den Unternehmen selbst gesetzten Quote. Für die Union mag das ein Meilenstein sein - doch in Wahrheit ist dies nur ein weiteres Zeichen für deren Inkonsequenz in Sachen Gleichstellungspolitik.

Nadine Hermann



Gerecht weiterdenken: dafür stehen wir!

Bildung für alle!

Bildung muss allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen ab der Geburt zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiger Grundstein der persönlichen Emanzipation.

Gleichstellung jetzt!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Ungleichbehandlung und Unterdrückung gehören abgeschafft.

Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Deshalb fordern wir u.a. einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit und stärkere betriebliche Mitbestimmungsrechte.

Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist für uns nicht nur eine ökologische und ökonomische Herausforderung, sondern auch eine soziale. Energie und Mobilität müssen auch in Zukunft allen Menschen nachhaltig zur Verfügung stehen.

Kampf gegen Rechts

Wir stellen uns gegen jede Art von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit! Wir kämpfen entschieden gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

Internationale Solidarität

Für uns als internationalistischer Jugendverband ist internationale Solidarität eine Verpflichtung, die sich Tag für Tag in unserer Arbeit wiederfindet.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder Informationen von uns zu erhalten?

Name: _____

Alter: _____

Beruf: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Ja, ich möchte Juso-Mitglied werden.

Ja, ich habe Interesse an Juso-Informationen per Post.

Ja, ich möchte den Juso-Email-Newsletter erhalten.

»Empört Euch!« – Über die europäische Rolle des Widerstands in Nordafrika

Ein Blick in das Auge der Weltgeschichte macht bescheiden. Denn wer hätte noch vor wenigen Wochen prophezeit, dass sich in Ländern wie Tunesien, Ägypten und Libyen eine gesellschaftlich-politische Umwälzung vollzieht?

jene Staaten, die noch vor kurzem zu Staatsbesuchen nach Libyen reisten und freudig dem Despoten Gaddafi die Hand schüttelten? Die EU überwies zuletzt einen zweistelligen Millionenbetrag, damit Libyen seine Seegrenzen abriegeln konnte. Und 2004 hob sie das Waffenem-

bargo auf, das zuvor achtzehn Jahre Bestand hatte.

Eine Außenpolitik, die sich an den Grundsätzen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit orientiert, wie es der Lissabon-Vertrag festlegt,

der Flüchtlingsstrom in die EU-Länder kaum abreißen und die demokratische Entwicklung gefährdet.

»Empört Euch!«, so der Ausruf Stéphane Hessels vor wenigen Monaten. In seiner Streitschrift, die im Oktober 2010 in Frankreich erschien, resümiert er: „Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.“ Nichts anderes haben mutige junge Menschen in Nordafrika getan. Andere sollten sich diese unfreiwillig passende Aussage ebenso zu Herzen nehmen.

Tobias Friedrichs

Quelle: Jusos Braunschweig



Die aktuellen Geschehnisse sind dabei gleichsam faszinierend wie beängstigend: Denn während der friedliche Umsturz Tunesiens und Ägyptens begeistert – oder es zumindest sollte – zeichnen die Vorkommnisse in Libyen ein grausames Bild eines Regimes, das in seiner Hilflosigkeit einen Krieg gegen das eigene Volk führt. Die Rolle der USA und Europas scheint dabei nur auf den ersten Blick souverän: Sanktionen wurden verhängt, Empörung artikuliert und nun Krieg geführt. Doch waren es nicht eben

sieht wahrlich anders aus. Der Versäumnisse zum Trotz gilt es nun zu handeln. Die internationale Gemeinschaft muss eine finanzielle Unterstützung im Sinne eines Marshallplans unter anderem für den Ausbau von Infrastruktur und Wirtschaftsförderungsprogrammen auf die Beine stellen. Denn junge Menschen gingen in Nordafrika nicht nur für Meinungsfreiheit und Demokratie auf die Straße, sondern auch für eine wirtschaftliche Perspektive, die ihnen ihr Heimatland bisher nicht bot. Sonst wird

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.

Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeuge Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße 8 im schönen Magniviertel). Noch Fragen? Meldet Euch bei Enrico Hennig (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

www.jusos-bs.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Juso-Unterbezirk Braunschweig

www.jusos-bs.de

Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Kontakt: 0531-4809821

V.i.S.d.P.: Enrico Hennig

Redaktion:

Enrico Hennig, Nadine Hermann

Druck: Lebenshilfe Braunschweig

Auflage: 2.500 Exemplare

Fußballturnier

Magnikirchplatz
Samstag, 02. Juli
Beginn 10.00 Uhr

Mannschaftsgröße: 3er-Teams

Getränke und Essen gibt es zu erschwinglichen Preisen.
Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldung bis 29. Juni
bei Enrico Hennig:
Jusos Braunschweig
Tel. 0176-63647684
info@jusos-bs.de

jusos braunschweig | weitere Infos unter www.jusos-bs.de